

---

## Transatlantische Beziehungen

STEPHAN BIERLING

Mit dem Kosovo-Krieg von März bis Juni 1999 erreichte die transatlantische Kooperation einen Höhepunkt. Trotz einiger Differenzen verfolgten die Europäische Union und die USA ihre Strategie, den serbischen Diktator Milosevic durch Luftangriffe zum Einlenken zu zwingen, erstaunlich geschlossen und letztlich erfolgreich. Seither steht die Sicherheitspolitik wieder im Mittelpunkt der europäisch-amerikanischen Beziehungen. Allerdings entwickeln die damit verbundenen Fragen ein Spannungspotenzial, wie es zwischen der EU und den USA seit Ende der achtziger Jahre nicht mehr bestanden hat. Weil die Vereinigten Staaten die militärische Hauptlast des Luftkrieges gegen Serbien trugen und die politische Kontrolle ausübten, bemühte sich die EU nach seiner Beendigung um einen qualitativen und quantitativen Sprung in ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In Washington wuchs deshalb die Sorge, die militärpolitischen Beschlüsse der Europäer könnten die dominierende Rolle der Allianz bei der gemeinsamen Verteidigung unterminieren. Auf der anderen Seite des Atlantiks befürchtete man, das geplante Nationale Raketenabwehrsystem (National Missile Defense, NMD) der USA gefährde den 15 Jahre anhaltenden Trend zur atomaren Abrüstung und belaste die Beziehungen zu Russland. Die sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen drängten die Konflikte um die Behandlung der „Problemstaaten“, Handelsfragen, Kartellrechtsdispute und die zukünftige internationale Finanzarchitektur vorübergehend in die Kulisse.

### *Sicherheitspolitik als Zankapfel*

Der Verlauf der Kosovo-Intervention führte den Europäern vor Augen, dass ihre militärtechnische Unterlegenheit gegenüber den USA – insbesondere bei der Satellitenaufklärung, allwettertauglichen Flugzeugen und präzisionsgesteuerten Waffen – ihre politische Mitsprache bei der Kriegsführung schwächte. So wurde der NATO-Rat häufig nicht von der militärischen Zielplanung des US-Oberkommandos unterrichtet. EU-Verteidigungsminister mussten auf Pressekonferenzen Bombardements erläutern, an deren Vorbereitung und Ausführung sie nicht beteiligt gewesen waren. Zwar hatten sich die USA auf dem Washingtoner NATO-Gipfel im April 1999 flexibler als früher gegenüber europäischen Plänen zur Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) gezeigt, aber darauf beharrt, dass jede Krisensituation zunächst der Allianz vorgelegt werden müsse. Auf dem Gipfel von Köln erklärte die EU im Juni 1999 allerdings ihre Absicht, wei-

ter zu gehen als in Washington vereinbart.<sup>1</sup> Mitte Dezember 1999 beschlossen die Staats- und Regierungschefs in Helsinki, eine schnelle Eingreiftruppe von 15 Armeebrigaden (50-60.000 Mann) zur Erfüllung der Petersberg-Aufgaben (Konfliktverhütung und Krisenbewältigung) aufzustellen. Obwohl das Schlussdokument betonte, die Eingreiftruppe werde keine Konkurrenz zur NATO darstellen, hielt es auch fest, die EU strebe an, „autonom Beschlüsse zu fassen und in Fällen, in denen die Allianz als Ganzes nicht beteiligt ist, als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen“.<sup>2</sup>

In Washington reagierte man auf die Ankündigungen der Union mit Besorgnis, beschlossen die Europäer in Helsinki doch erstmals seit der Suez-Krise 1956 eine formale militärische Zusammenarbeit ohne NATO und ohne amerikanische Führung. Die größte Befürchtung gilt dabei der Möglichkeit, die Europäer könnten mit der Allianz konkurrierende Entscheidungsstrukturen (structures) schaffen, ohne gleichzeitig die militärischen Fähigkeiten (capabilities) zu erwerben, um umfassend einsatzfähig zu sein. Anfang Februar 2000 lehnte US-Verteidigungsminister Cohen eine eigenständige Verteidigungspolitik der EU ab und betonte, nur eine der NATO klar untergeordnete europäische Komponente finde die Zustimmung der USA.<sup>3</sup> Gleichzeitig waren die Vereinigten Staaten bemüht, den europäischen Forderungen nach mehr Mitsprache entgegenzukommen und sie mit den Anforderungen und der Komplexität militärischer Aktionen vertraut zu machen. So übertrug die Allianz im April 2000 das Kommando über ihre 44.000 Mann starken Friedenstruppen im Kosovo für sechs Monate an das Eurokorps. Das erste Mal seit vielen Jahren operiert damit eine beträchtliche Zahl amerikanischer Soldaten de jure unter fremden Oberbefehl.<sup>4</sup> Auf dem EU-Gipfel von Feira Mitte Juni 2000 widmeten sich die Staats- und Regierungschefs von den USA angemahnten ungeklärten Fragen der schnellen Eingreiftruppe. So nahmen sie eine Erklärung an, wie Informationsaustausch und Zusammenarbeit mit der NATO organisiert werden sollen und wie Nicht-EU-Mitglieder der Allianz an der Vorbereitung und Durchführung EU-geführter Aktionen beteiligt werden können. Die konkrete Ausgestaltung bleibt aber der französischen Präsidentschaft überlassen und soll auf dem Gipfel in Nizza im Dezember 2000 diskutiert werden. Bis Jahresende hofft die EU auch, Kooperationsmechanismen mit der NATO etabliert zu haben.

Seit Anfang 2000 schiebt sich eine weitere sicherheitspolitische Frage in den Vordergrund der transatlantischen Beziehungen. Die USA sind nämlich entschlossen, innerhalb von acht Jahren ein Nationales Raketenabwehrsystem gegen potenzielle Angriffe von „Schurkenstaaten“ wie Nordkorea oder dem Iran zu errichten und dafür auch den 1972 mit Moskau geschlossenen ABM-(Anti-Ballistic-Missiles)-Vertrag zu ändern, der jeder Seite nur die Errichtung eines lokal begrenzten Systems zur Raketenabwehr einräumt.<sup>5</sup> Zwar sieht NMD keine umfassende Verteidigung gegen Interkontinentalraketen vor wie die von Ronald Reagan 1983 vorgeschlagene Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative, SDI), aber selbst ein System von 250 Abwehrraketen würde den ABM-Vertrag verletzen. Kritiker argumentieren, NMD breche damit ein zentrales Element aus der seit den sechziger Jahren gültigen Strategie der gegenseitig zugesicherten Vernich-

tung (Mutual Assured Destruction, MAD) heraus und fordere die Nuklearmacht China indirekt auf, ihr eigenes Langstreckenpotenzial auszubauen. Die Europäer stehen den amerikanischen Plänen skeptisch gegenüber. Kritik üben aber die Einzelstaaten. Die EU, so sagte der Ratsvorsitzende António Guterres beim EU-USA-Gipfel am 1. Juni 2000, habe dazu keine offizielle Position.<sup>6</sup>

#### *Behandlung von Problemstaaten*

Bei der Behandlung von Staaten, die in den Augen der USA die internationale Sicherheit und den Frieden gefährden, zeichnet sich eine Entspannung ab, nachdem dieses Thema die transatlantischen Beziehungen in den Jahren zuvor stark belastet hatte. Zu diesen Staaten zählt Washington den Irak, den Iran, Kuba, Libyen, den Sudan, und Nordkorea. Im Berichtszeitraum lockerte die US-Regierung bestimmte Sanktionen gegen Kuba (nach der Lösung der Krise um den Flüchtlingsjungen Gonzales), Libyen (nach der Auslieferung der mutmaßlichen Lockerbie-Attentäter) und Nordkorea (nach dem Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea am 17. Juni 2000). Schon zuvor hatte sich eine Entspannung im amerikanisch-iranischen Verhältnis abgezeichnet. Im Juni 2000 gab das State Department bekannt, den Begriff „Schurkenstaat“ (rogue state) durch „Problemstaat“ (state of concern) zu ersetzen. Damit nähern sich die USA terminologisch und inhaltlich der Position der EU an.<sup>7</sup>

#### *Handelskonflikte*

Handelsdispute gehören seit 30 Jahren zum festen Bestandteil der transatlantischen Beziehungen. Im Mittelpunkt stand im Berichtszeitraum wieder der Agrarbereich. Im Streit um den Import von Bananen, Fleisch von hormonbehandelten Tieren und gentechnisch veränderten Lebensmitteln in die EU konnte keine Einigung erzielt werden. Wegen des Einfuhr-Verbots von Hormon-Fleisch verhängten die USA mit Zustimmung eines Schiedsgerichts der Welthandelsorganisation (WTO) am 29. Juli 1999 100-%-Strafzölle auf bestimmte Landwirtschaftsimporte aus der EU im Umfang von 117 Mio. Dollar pro Jahr.<sup>8</sup> Auch im Bananenstreit erlaubte ein WTO-Schiedsgericht der US-Regierung am 8. April 2000, Strafzölle gegen die EU wegen ihrer zum 1. Januar 1999 nur kosmetisch veränderten Bananenmarktordnung in Höhe von 190 Mio. Dollar in Kraft zu setzen.

Über diese Einzelprobleme hinaus bilden die hohen Subventionen der EU für ihren Agrarbereich einen zentralen Konfliktpunkt in den transatlantischen Handelsbeziehungen. Der Fehlschlag, in Seattle im Dezember 1999 eine neue globale Handelsrunde einzuleiten, ist vor allem auf die Unvereinbarkeit der Positionen der USA und der EU in dieser Frage zurückzuführen. Am 29. Juni 2000 ging dieser Streit in die nächste Runde, als die US-Handelsbeauftragte Barshefsky einen Vorschlag bei den WTO-Gesprächen über Reformen in der Landwirtschaft einbrachte, die einen Generalangriff auf das Subventionssystem der EU darstellen.<sup>9</sup> Aber auch die Europäer werfen den USA wettbewerbsverzerrende Praktiken vor: So fordern sie das Verbot von so genannten „foreign sales corporations“, über die amerikanische Exporteure mit Billigung Washingtons Steuervorteile erhalten.<sup>10</sup>

Seit längerem stritten sich EU und USA auch über den Schutz personenbezogener Daten, da in Europa strengere Normen als in Amerika gelten, und zwar auch für deren Transfer in Drittländer. So verboten im Herbst 1999 schwedische Datenschützer der Fluggesellschaft American Airlines, in Schweden gesammelte Kundendaten auf den amerikanischen Zentralrechner zu überspielen, mit der Begründung, es gebe in den USA keinen Schutz dieser Daten.<sup>11</sup> Der Konflikt über den Datenschutz konnte jedoch Mitte März 2000 ausgeräumt und beim Gipfel EU-USA am 1. Juni 2000 definitiv beigelegt werden. In einem weiteren Konfliktfeld, der Auseinandersetzung über die Lärmbelästigung durch Flugzeuge, gelang es zumindest, eine Konfrontation zu vertagen. So wollte die Europäische Kommission zum 4. Mai 2000 eine Verordnung in Kraft setzen, die Landungen von mit Schalldämpfern versehenen älteren Flugzeugen der USA in der EU unmöglich gemacht hätte. Washington drohte daraufhin mit einem Landeverbot für die Concorde in den USA. Schließlich verschob die EU den Erlass einer Verordnung zu dieser Frage um ein Jahr, um einen Kompromiss mit Washington finden zu können.<sup>12</sup>

### *Kartellrechtsdispute*

Die immer stärker werdende Verflechtung des transatlantischen Markts hat im letzten Jahr auch verstärkt die Kartellbehörde der EU auf den Plan gerufen. Die Kommission untersucht u.a. die Übernahmen des Rüstungskonzerns Hughes Electronics durch den Flugzeughersteller Boeing, des britischen Kabelnetzbetreibers Telewest Communications durch den Softwaregiganten Microsoft und des Medienkonzerns TimeWarner durch den weltgrößten Internetdienst AOL. Die EU-Wettbewerbskommissare, Karel van Miert und Mario Monti (seit September 1999), schreckten auch nicht davor zurück, europäisches Recht extraterritorial anzuwenden. Mit dem am 28. Juni 2000 ausgesprochenen Verbot der Übernahme des drittgrößten Telefondiensteanbieters Sprint durch seinen Konkurrenten WorldCom blockierte die Kommission gar zum ersten Mal seit Erhalt ihrer Kompetenzen in dieser Frage im Jahr 1990 einen Zusammenschluss zweier amerikanischer Unternehmen.<sup>13</sup> Getrieben werden die EU-Wettbewerbswächter vor allem von der Sorge, dass amerikanische Firmen aufgrund ihrer technologischen Führerschaft den europäischen Markt dominieren und den Wettbewerb einschränken könnten.<sup>14</sup> Auch wenn Kommission und US-Justizministerium eng kooperieren (seit Juni 2000 gibt es sogar eine gemeinsame Arbeitsgruppe), bietet die Rückständigkeit der Europäer in den Zukunftsmärkten Internet, Computer-Hard- und Software, Biotechnologie und Telekommunikation doch einen Ansatzpunkt für Spannungen im transatlantischen Verhältnis.

### *Das internationale Währungs- und Finanzsystem*

Auch über die künftige Ausrichtung des internationalen Währungs- und Finanzsystems kam es seit Anfang 1999 zu Irritationen im europäisch-amerikanischen Verhältnis, die in der Frage der Besetzung des Postens des Geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds (IWF) kulminierten. Am 29. Februar 2000 hatten sich die Mitglieder der EU nach einem langwierigen und schwierigen

internen Abstimmungsprozess darauf verständigt, Staatssekretär Caio Koch-Weser aus dem Bundesfinanzministerium als Nachfolger von Michel Camdessus zu benennen. Da der Chefposten im IWF traditionell von einem Europäer besetzt wird, schien die Personalfrage eine Formsache.<sup>15</sup> In Europa hatte man jedoch den Unmut der USA unterschätzt. Für Washington ging es um die künftige Ausrichtung des internationalen Finanzsystems. Während die EU dem IWF eine aktive Rolle bei der Vergabe langfristiger Entwicklungskredite wünschen, soll sich der Fonds nach den Vorstellungen der USA auf kurzfristige Darlehen bei akuten Finanzkrisen konzentrieren.<sup>16</sup> Washington machte diese inhaltliche Diskrepanz an der Person Koch-Weser fest. Erst sein Rückzug zu Gunsten des Präsidenten der Osteuropa-Bank, Horst Köhler, konnte die amerikanische Blockade überwinden.

Trotz seiner momentanen Schwäche wird der Euro die Dominanz des US-Dollars auf den internationalen Kapitalmärkten reduzieren. Zwar ist die europäische Einheitswährung von ihrer Einführung am 1. Januar 1999 bis Mitte 2000 gegenüber dem US-Dollar um etwa 20% gefallen; was für die Exporteure aus dem Euro-Raum wie ein großes Konjunkturprogramm wirkt, verteuert dort die amerikanischen Produkte und trägt zu einem weiteren Anstieg des amerikanischen Handelsbilanzdefizits bei. Aber es zeigte sich ebenfalls, dass der Euro mittelfristig eine bipolare Finanzordnung herbeiführen wird. 1999 überholten die in Euro begebenen Anleihen bereits die in Dollar denominierten. Auch schichten die Zentralbanken außerhalb Eurolands ihre Reserven zu Gunsten des Euro um. So kündigte z.B. die Hongkonger Währungsbehörde im Dezember 1999 eine Höher-Gewichtung des Euro von 10% auf 15% ihrer Reserven an.<sup>17</sup>

#### *Zusammenfassung und Ausblick*

Obwohl die erfolgreiche Zusammenarbeit im Kosovo-Krieg vieles überstrahlte, hat sich der Paradigmenwechsel in den transatlantischen Beziehungen im Untersuchungszeitraum beschleunigt. Je unwichtiger die Rolle der USA als „protector and pacifier“ (Josef Joffe) Europas wird, desto mehr treten Probleme in den Vordergrund, die ihre Wurzel in den unterschiedlichen politischen Kulturen haben, also in divergierenden Wertvorstellungen und Einstellungen der beiden Gesellschaften. Themen wie hormonbehandeltes Fleisch, die Todesstrafe in den USA, die Entschädigung von Zwangsarbeitern in der NS-Zeit, das Sorgerecht für Kinder aus gescheiterten deutsch-amerikanischen Ehen rücken so in der Vordergrund der transatlantischen Beziehungen. „What we now have with the United States is a relationship so close that it is quasi-domestic“, stellte Karsten Voigt, der Koordinator der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit im Außenministerium, völlig richtig fest.<sup>18</sup> Bei offiziellen Anlässen wie dem Gipfel EU-USA am 1. Juni 2000 im portugiesischen Queluz sind die obersten Repräsentanten – hier der amerikanische Präsident Clinton, der amtierende Ratsvorsitzende Guterres und Kommissionspräsident Prodi – aber bemüht, die Übereinstimmungen zu betonen und die Differenzen herunter zu spielen. Die gegenseitigen verbalen Versicherungen können jedoch die Bewältigung der wachsenden Sachprobleme nicht ersetzen.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Anhänge zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat Köln, 2./4. Juni 1999. Erklärung des Europäischen Rates zur Stärkung der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität.
- 2 Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates (Helsinki) v. 10. und 11. Dezember 1999, II/27. Das Dokument findet sich unter <http://www.auswaertiges-amt.de/4%5Feuropa/2/4%2D2%2DIh.htm> (23.2.2000).
- 3 Vgl. Kornelius, Stefan: USA lehnen eigenständige Verteidigungspolitik Europas ab; in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 7.2.2000, S. 1; „Europa muss handeln, nicht reden“. SZ-Interview mit dem amerikanischen Verteidigungsminister; in: SZ, 5./6.2.2000, S. 12; und Drozdak, William: U.S. Seems Increasingly Uncomfortable With EU Defense Plan; in: International Herald Tribune (IHT), 6.3.2000, S. 8.
- 4 Vgl. Fitchett, Joseph: Eurocorps to Command Peacekeepers in Kosovo; in: IHT, 29./30.2000, S. 1/4.
- 5 Vgl. Krause, Joachim: Streit um Raketenabwehr; in: Internationale Politik, März 2000, S. 37-42.
- 6 Vgl. „Nahost-Beratung Clintons mit Barak in Lissabon“; in: Neue Zürcher Zeitung/Internationale Ausgabe (NZZ), 2.6.2000, S. 1.
- 7 Vgl. Hujer, Marc: Die Schurken wurden zum Problem; in: SZ, 21.6.2000, S. 4.
- 8 Vgl. The „hormone“ case: Background and history; in: [http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p\\_action.gettxt=gt&doc=MEMO/00/2710|RAPID&lg=EN](http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=MEMO/00/2710|RAPID&lg=EN), 28.6.2000. Siehe auch „Still bananas“; in: The Economist, 22.7.2000, S. 79f.
- 9 Vgl. Olson, Elisabeth: U.S. Seeks to Curb EU Farm Support; in: IHT, 29.6.2000, S. 18.
- 10 Vgl. „A Duel Act by Europe and America“; in: The Economist, 3.7.2000, S. 27.
- 11 Vgl. Schmundt, Hilmar: Kommt es bald zu einem Gesetz, welches das Internet illegal macht?; in: [www.politik-digital.de/...ensupermacht/datenschutz.shtml](http://www.politik-digital.de/...ensupermacht/datenschutz.shtml), 28.6.2000.
- 12 Vgl. Pressemitteilung EU 29.3.00: Hushkit-Flugzeuge; in: <http://www.europarl.eu.int/dg3/sdp/journ/de/n0003292.htm#8>, 28.6.2000.
- 13 Vgl. Mitchener, Brandon: EU Regulators Seal Tough-Guy Reputation; in: Wall Street Journal/Europe, 29.6.2000, S. 6.
- 14 Vgl. Goodman, Peter S.: Dancing U.S. Internet Power, Europe Stalls Merger; in: IHT, 23.6.2000, S. 1/13.
- 15 Vgl. „Caio Koch-Weser bleibt der Favorit“; in: Die Welt, 25.2.2000.
- 16 Vgl. Zank, Wolfgang: Koch-Weser gibt auf, Köhler soll ran. Was wollen die USA?; in: Die Zeit, 9.3.2000.
- 17 Vgl. Everts, Steven: Eine Stimme für Euroland. Die Währungsunion und das transatlantische Verhältnis; in: Internationale Politik, März 2000, 31-36, hier S. 32.
- 18 Zit. bei Cohen, Roger: Small Things Now Count in U.S.-European Relationship; in: IHT, 29.5.00, S. 1/8.

## Weiterführende Literatur

- Bergsten, C. Fred: America and Europe: Clash of the Titans?; in: Foreign Affairs, 78/2 (1999), S. 20-34.
- Calleo, David: The Strategic Implications of the Euro; in: Survival, 41/1 (1999), 5-19.
- Dokumente zur Entwicklung der transatlantischen Beziehungen; in: Internationale Politik, Ungleiche Partner Herausforderungen für die atlantische Gemeinschaft, Heft 3./Bd. 55 (März 2000).
- Everts, Steven: The Impact of the Euro on Transatlantic Relations, Centre of European Reform, January 2000.
- Haas, Richard N. (ed.): Transatlantic Tensions. The United States, Europe, and Problem Countries, Washington, D.C.: Brookings, 1999.
- Kitfield, James: European Doughboys; in: National Journal, 26.2.2000, S. 610-615.
- Mahncke, Dieter: The Role of the USA in Europe: Successful Past But Uncertain Future; in: European Foreign Affairs Review 4/1999, S. 353-369.
- Rode, Reinhard: Der Euro als transatlantische Herausforderung. Die internationalen Auswirkungen der europäischen Währungsunion; in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 9/2 (1999), S. 461-477.
- Spillmann, Kurt R./Krause, Joachim (Hrsg.): Kosovo: Lessons Learned for International Cooperative Security, Frankfurt a. M. 2000.
- Stokes, Bruce: Transatlantischer Handel in Gefahr; in: Internationale Politik, 54/9 (1999), S. 65-72.
- Weidenfeld, Werner: Der Euro als Sprengsatz der transatlantischen Beziehungen?; in: integration, 1/1999, S. 38-48.